

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Beispiele für Wahlkampflogans:

- „Auf den Kanzler kommt es an.“
(Kiesinger-Plakat, Bundestagswahlkampf 1969)
- „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land.“
(Brandt-Plakat, Bundestagswahlkampf 1972)

Aus Willy Brandts Regierungserklärung vom 18. Januar 1973:

„Unser Programm für diese Legislaturperiode leite ich mit dem Satz ein, mit dem ich am 28. Oktober 1969 schloß:

Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein ... im Inneren und nach außen.

Darin sammelt sich das Vertrauen, auf das wir uns stützen. Darin erkennen wir auch die Summe der Pflichten, die uns an die Verantwortung für das Ganze des Volkes binden.

Meine Damen und Herren, das Wort von der guten Nachbarschaft zeigt unseren Willen zur Kontinuität an, den ich heute unterstreiche. Diese Kontinuität hat ihre eigene, unverwechselbare Prägung gewonnen. Sie ist bestimmt durch unsere Politik der aktiven Friedenssicherung und der gesellschaftlichen Reformen. [...]

Wir können feststellen: Der europäische Friede wurde gesichert auch durch unsere Arbeit. Dieser Friede ist heute wie gestern der klare Wille unseres Volkes und das Grundelement unserer Interessen. Man darf sogar sagen: Niemals lebte ein deutscher Staat in einer vergleichbar guten Übereinstimmung mit dem freien Geist seiner Bürger, mit seinen Nachbarn und den welt-politischen Partnern.“

Zitiert aus:

Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt für die 7. Legislaturperiode vom 18. Januar 1973. In: Parteiprogramme. SPD – CDU – CSU – FDP – DKP – NPD. Eine Dokumentation der Grundsatzprogramme und aktueller politischer Ziele. Hrsg. von Siegfried Hergt. Opladen 1973 (Heggen-Dokumentation 1), 12-40; hier: 12 f.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Beispiele für Brandts Sprachstil:

- „Das Bemühen um Entspannung in Europa darf Deutschland nicht ausklammern.“
- „Es ist nicht unerheblich, was wir geleistet haben.“
- „Die SPD ist kein Obdachlosenasyll für Gegner und falsche Freunde des demokratischen Sozialismus.“
- „Die Geschichte darf nicht zu einem Mühlstein werden, der uns niemals aus der Vergangenheit entläßt.“

Zitiert aus: Peter Koch: Willy Brandt. Eine politische Biographie. Frankfurt am Main 1988; hier: 392 f.

Aus Brandts Rede anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags mit Polen:

„Wir haben uns nicht leichten Herzens hierzu entschieden. [...]

Er [der Vertrag; AL] gibt nicht preis, was nicht längst verspielt worden ist. Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik politische Verantwortung tragen und getragen haben. [...]

Wir dürfen nicht vergessen, daß dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben.

[...] Das schwerste Opfer haben jene gebracht, deren Väter, Söhne oder Brüder ihr Leben verloren haben. Aber nach ihnen hat am bittersten für den Krieg bezahlt, wer seine Heimat verlassen mußte.

Ich lehne Legenden ab, deutsche wie polnische: Die Geschichte des deutschen Ostens läßt sich nicht willkürlich umschreiben.

[...] Dieser Vertrag bedeutet nicht, daß wir Unrecht anerkennen oder Gewalttaten rechtfertigen. Er bedeutet nicht, daß wir Vertreibungen nachträglich legitimieren.“

Zitiert aus: Herrschaft durch Sprache. Politische Reden,. Hrsg. für die Sekundarstufe von Walter Schafarschik. Stuttgart 1987; hier: 122 f.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Aus dem Wahlprogramm der CDU zur Bundestagswahl 1972:

„Unsere Politik des Friedens und der Aussöhnung, der guten Nachbarschaft und der gesicherten Freiheit wird unter dem Verfassungsgebot stehen, auf das wir durch Eid verpflichtet sind:

’Im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.’

Wir haben Freunde und Verbündete in der ganzen Welt gewonnen, zu denen wir stehen und mit denen wir zusammenwirken. Unser Platz ist an der Seite derer, die Selbstbestimmung und Freiheit so wollen wie wir [...].

Unser Mühen um Ausgleich, Verständigung und Aussöhnung gilt allen Völkern, vor allem auch den Völkern Ost- und Mitteleuropas. Frieden und Zusammenarbeit sind die Hauptaufgaben unserer Zeit. Dem Frieden und der Zusammenarbeit dient am besten, wer die Menschenrechte verwirklicht. das gilt auch für jene Landsleute, denen Menschen- und Gruppenrechte vorenthalten werden.“

Zitiert aus:

Regierungsprogramm der CDU. Beschlossen vom 20. Bundesparteitag, Wiesbaden, 9. Oktober 1972. In: Parteiprogramme 1973, 152-167; hier: 163 f.

Literaturhinweis:

Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit. Hrsg. und eingel. von Martin Greiffenhagen. München. Wien 1980.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Der politische Sprachgebrauch in den K-Gruppen der 70er Jahre:

„Voraussetzungen und Anforderungen, deren Erfüllung die KPD aufgrund ihrer Erfahrungen als grundlegend und unabdingbar für den Aufbau und Kampf der Kommunistischen Partei betrachtet

I. Über die bolschewistische Partei

1. Um in der sozialistischen Revolution siegen zu können, bildet die Arbeiterklasse ihren führenden Kern heraus, schafft sie sich ihre politische Partei als Instrument zur Verwirklichung ihrer revolutionären Interessen. Diese proletarische Klassengemeinschaft ist die kommunistische Partei, die sich allen Parteien der Bourgeoisie, einschließlich ihrer Agenturen in der Arbeiterbewegung, unversöhnlich entgegenstellt.

2. Die kommunistische Partei stützt sich in ihrer gesamten Tätigkeit auf den Marxismus-Leninismus, auf die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Das setzt den vollständigen Bruch mit allen Strömungen des Revisionismus voraus. Insbesondere verteidigt die kommunistische Partei den Marxismus-Leninismus konsequent gegen den sozialdemokratischen Revisionismus, den sowjetischen Revisionismus, den chinesischen Revisionismus, den Titoismus und den sogenannten Eurokommunismus. All diese Strömungen des Revisionismus haben ihre Besonderheiten. Gemeinsam aber ist ihnen ihr zutiefst antimarxistischer und antiproletarischer Charakter, ihr erbitterter Kampf gegen die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, gegen den Sozialismus und den Kommunismus im Interesse des Imperialismus und Sozialimperialismus, der Bourgeoisie und der Reaktion.“

Zitiert aus:

[o. Verf.]: Thesen über Charakter, Rolle und Aufgaben der bolschewistischen Partei. In: Der Weg der Partei. Theoretisches Organ der KPD / Marxisten-Leninisten. Heft 4/5. 1979, 131-152; hier: 131 f.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Aus der Rede von Franz Josef Strauß auf dem CSU-Parteitag vom 4. November 1972 in München:

„Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, der Staat der Bundesrepublik Deutschland, stehen an einem Scheideweg. Die Entscheidung, die wir zu treffen haben, liegt zwischen dem Weg der Sozialen Marktwirtschaft auf der einen Seite und der marxistischen Planwirtschaft auf der anderen Seite.

Die Entscheidung liegt zwischen Erhaltung und Ausbau des demokratischen Rechtsstaates oder zwischen zunehmender Rätestaatlichkeit mit imperativem Mandat der Abgeordneten, die der Kontrolle der Parteifunktionäre unterstellt werden sollen.

Die Entscheidung liegt zwischen parlamentarischer Demokratie oder einer kollektiven Form des funktionärsgesteuerten demokratischen Sozialismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Vergangenheit hat die SPD noch[,] als Ziel ihres politischen Ringens, die soziale Demokratie propagiert. Da lag das Schwergewicht auf der Demokratie, wie bei uns, den Christlich-Sozialen Demokraten auf Demokratie. Und sozial war das Prädikat. Heute wird der demokratische Sozialismus propagiert. Das Schwergewicht, der Akzent liegt auf Sozialismus und das Wort demokratisch ist eine Verbrämung dazu. Und wer immer in diesem Lande demokratischen Sozialismus predigt, soll wissen, [...] nirgendwo auf der Welt hat der Sozialismus dem Arbeiter, dem Bürger seines Landes auch nur annähernd ein so großes Maß an Wohlstand, Freiheit, Recht und persönlicher Würde verschafft, wie es die freie Leistungsgemeinschaft der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nachgewiesen hat.“

Zitiert aus:

Auszüge aus der Rede von Dr. Franz Josef Strauß beim CSU-Parteitag am 4. November 1972 in München. In: Parteiprogramme 1973, 206-211; hier: 207.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Die politische Diskussion um den Ausdruck *Berufsverbote*:

„CDU, SPD und FDP erklären immer wieder: ‘In der Bundesrepublik gibt es keine Berufsverbote!’ Gleichzeitig praktizieren sie Berufsverbote, täglich und zunehmend. Das Bundesverfassungsgericht verbannt den Begriff ‘Berufsverbot’ aus dem politischen Wortschatz der bundesrepublikanischen Verhältnisse, gleichzeitig erklärt es die Praxis der Berufsverbote für verfassungskonform.

Ähnlich wie bei der jahrelangen Weigerung, die Existenz der DDR zur Kenntnis zu nehmen, weigert sich eine von oben verordnete offizielle Sprachregelung heute, die Tatsache der Berufsverbote beim Namen zu nennen. Eine neue bundesdeutsche Tradition wie es scheint.

Es wird formal argumentiert, wer für einen bestimmten Beruf (z.B. Lehrer oder Postbote) bei einer bestimmten Behörde (z.B. Kommune oder Post) aus politischen Gründen nicht zugelassen ist, der kann ja diesen Beruf woanders ausüben, nur nicht im öffentlichen Dienst [...] Angesichts der Tatsache, daß für viele Berufe (z.B. in der schule, bei der Post oder Bahn) der Staat nicht nur ein Ausbildungsmonopol, sondern auch ein Anstellungsmonopol hat, kann man diese Argumentation bestenfalls als juristischen Trick bezeichnen. [...] Die Konsequenz dieses Tricks liegt auf der Hand: [...] Da es [...] nach dem Grundgesetz (Artikel 12 GG) kein Berufsverbot geben darf, ist dieser Ausschluß [aus dem Staatsdienst; AL] auch kein Berufsverbot. So etwas gibt es bei uns nicht.“

Zitiert aus:

Gewerkschaften und Berufsverbote. Hrsg. von dem Aktionskomitee gegen Berufsverbote. Berlin 1976, 2.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Zwei Passagen aus dem Göttinger Buback-Nachruf:

„Dies soll nicht unbedingt eine Einschätzung sein oder ein kommentierender Verriss vom Schreibtisch aus, mit päpstlichen [sic!] Gestus vorgetragen und als ‘solidarische Kritik’ bezeichnet. Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch – das alles ist mir piep-egal. Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestoßen, diese Rülpsen sollen zu Papier gebracht werden, vielleicht tragen sie ein bißchen zu einer öffentlichen Kontroverse bei.“

„Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei), eine Gesellschaft ohne Justiz, Knast und Anstalten (wenn auch nicht ohne Regeln und Vorschriften oder besser: Empfehlungen)[,] dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert sein.“

Zitiert nach:

Faksimile des Abdrucks in den Göttinger Asta-Nachrichten – abgedruckt in: Klamm, Heimlich & Freunde. Die Siebziger Jahre. BilderLeseBuch. Red.: Gabriele Dietz et al. 1. Aufl. Berlin 1987, 122-124; hier: 122 und 124.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller über die Gefährdung der Jugend:

„So hat man für ein kooperatives Jugendzentrum im München, wie man dieser Tage lesen konnte, fast ausschließlich linke Literatur angeschafft: für die Mädchengruppe sexuelle ‘Aufklärungsliteratur’ und ‘Abtreibungsanleitungen’, für die Lehrlingsgruppe klassenkämpferische Agitationsliteratur.

Man wundert sich immer noch, woher diese Rekruten des Terrors kommen [...]. Auch die öffentlichen Einrichtungen bieten keine Garantie mehr dafür, junge Leute auf dem rechten Weg zu halten. Man weiß, daß auf dem Weg zum Terrorismus mancher bei Hausbesetzungen und anderen ‘Demonstrationen’ seine ersten Erfahrungen sammelte.“

Zitiert aus:

Bildpost vom 9. Oktober 1977.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft und Alfred Dregger über die Hochschulen als Nährboden des Terrorismus:

„Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat zu einer Offensive gegen den Extremismus an den Hochschulen aufgerufen, weil dieser Extremismus eine Vorform des Terrorismus sei. Auch der hessische CDU-Vorsitzende Dregger macht, wie er vor der Kölner CDU sagte, die Hochschulen für die Entstehung des Terrorismus in der Bundesrepublik verantwortlich. [...] Verantwortlich dafür seien vorrangig jene Politiker, die den Extremisten die Hochschulen als Spielwiese überließen [...].“

Zitiert aus:

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Oktober 1977.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Eine Kritik an den Hochschulorganisationen von SPD und FDP:

„Wer Gewalt ablehnt, darf nicht mit Gewaltanhängern zusammengehen, auch nicht an den Universitäten [...]. Wer Demokratie will und Terror verneint, darf nicht Kommunisten, Chaoten und Anarchisten den Steigbügel halten, nur damit auf keinen Fall ein Bündnis mit dem ‘Ring Christlich-Demokratischer Studenten’ oder anderen Nicht-Linken geschlossen werden muß. Solange die Führungen von SPD und FDP weder willens noch imstande sind, ihre Hochschulorganisationen auf eine klare Linie zu bringen, müssen ihre Reden vom ‘kühlen Kopf’ und ‘kalten Blut’ unglaublich klingen.“

Zitiert aus:

Rheinischer Merkur vom 7. Oktober 1977.

Über den Zusammenhang von politischem Sprachgebrauch und Terrorismusnähe:

„Wer selber seine Gegner als Agenten des Kapitalismus, der multinationalen Konzerne, der Reaktion wenn nicht gar des Faschismus beschimpft – der darf sich doch wohl nicht wundern und nicht entziehen, wenn nun die Gretchenfrage einmal anders herum gestellt wird – nämlich, ob hier nicht jene geistige Vorarbeit geleistet, jenes Klima des Klassenkampfes und der sogenannten Revolution in den intellektuellen Reagenzgläsern gezüchtet wurde.“

Zitiert nach:

Carl Gustav Ströhm: Kommentar der Woche (BR) vom 24. September 1977. Abgedruckt in: Terroristen – Sympathisanten? Im Welt-Bild der Rechten. Eine Dokumentation. Mit Beiträgen von Luise Rinser et al. München 1977 (PDI-Sonderheft 1), 32.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Gruppe oder Bande?:

Prof. Haseloff:

„1971 erschien im Stern der Bericht ‘Wer stirbt als Nächster’ Darin verwarht sich die Illustrierte ausdrücklich gegen die Bezeichnung ‘Baader-Meinhof-Bande’ und nennt sie ‘Gruppe’. Dieser Bericht konnte bei den Lesern den Eindruck erwecken, daß der Stern sogar die taten der Bande legalisiert – die damit die Rechtsstellung einer kriegsführenden Macht beanspruchen.“

Zitiert aus:

Bildzeitung vom 29. September 1977.

Bernhard Vogel:

„Sympathisant kann schon derjenige sein, der Baader-Meinhof-Gruppe statt Bande sagt.“

Zitiert aus:

Bildzeitung vom 14. September 1977.

[o. Verf.]:

„Nur Kernkraft-Gegner oder potentielle Mörder? Wer die linke Gewaltszene auf die Baader-Meinhof-Nachfolgegangster reduzieren will, befindet sich auf dem Holzweg. Der rote Terror hat viele Erscheinungsformen. Gerade auch die K-Banden, deren Verbot jetzt ein Teil der CDU betreibt, wollen diesen Staat mit Brachialgewalt, erforderlichenfalls mit Mord und Totschlag, aus den Angeln heben. Viele kommunistische Banditen haben bei ‘Bürgerinitiativen’ tarnenden Unterschlupf gefunden.“

Zitiert aus:

Deutschen Anzeiger vom 7. Oktober 1977

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Aus einer sprachwissenschaftlichen Abhandlung zu der Frage ‘*Gruppe oder Bande?*’:

„Was können also wohl die Gründe sein, warum man im Deutschen eine Räuberbande eine Räubergruppe nennt? Der Streit um die Benennung der Baader-Meinhof-Bankräuber kann einigen Aufschluß geben über Sprachbrauch und Sprachmißbrauch im gegenwärtigen Deutsch, über politische Semantik, Sprachstrategien und nützliche Ahnungslose.“

„Es kommen wohl eine ganze Reihe von unterschiedlichen Motiven zusammen. Da sind einmal die entschiedenen Sympathisanten, die alles für ihre Leute tun wollen, um selbst durch falschen Sprachgebrauch sie noch als harmlos erscheinen zu lassen. Dann sind da die allgemein menschlichen Gefühle für den Schwächeren (auch wenn er ein Verbrecher ist) und weiter eine gewisse Räuberromantik wie einst auch für den Schinderhannes (nur daß der viel ‘humaner’ war) und schließlich das unüberwundene Trauma des NS-Unrechtsstaates, das man nun unterschwellig-emotional auf den Staat überhaupt, auch auf die Bundesrepublik überträgt, ohne sich klarzumachen, welches Unrecht man damit diesem neuen Staat antut [...]. Man kann nur hoffen, daß die meisten, die das tun, noch keine Sympathisanten, auch keine Polit-Agitatoren sind, sondern nur (in Lenin-Meinhofs Sinn) nützliche Ahnungslose.“

Zitiert aus:

Werner Betz: „Gruppe“ oder „Bande“. Politik und Semantik in der deutschen Gegenwartssprache. In: Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Hrsg. von Hans Jürgen Heringer. 2. Aufl. Tübingen 1988, 198-202; hier: 198 und 201 f.

Literaturhinweis:

Werner Betz: Verändert Sprache die Welt? Semantik, Politik und Manipulation. Zürich 1977 (Texte und Thesen – Sachgebiet ‘Kultur/Bildung’ 97).

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Über das Schlagwort *Neue soziale Frage*:

„Die CDU wagte sich in diesem Fall zu kühn auf das gegnerische Territorium, ohne den nötigen Flankenschutz vorzusehen. Flankenschutz gewinnt man, wenn man die Begriffe ‘koordiniert’ marschieren läßt. Die betonte Notwendigkeit der ‘Koordinierung der Begriffe’ hat also zwei verschiedene Aspekte: Ihr Gebrauch muß im Sinne einheitlicher Anwendung in allen Verlautbarungen der Partei koordiniert werden, damit sie sich durch Wiederholung als CDU-Wörter einprägen können; sie müssen aber auch untereinander koordiniert und in einen systematischen Zusammenhang gebracht werden.“

Zitiert aus:

Manfred Behrens, Walther Dieckmann und Erich Kehl: Politik als Sprachkampf. Zur konservativen Sprachkritik und Sprachpolitik seit 1972. In: Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Hrsg. von Hans Jürgen Heringer. 2. Aufl. Tübingen 1988, 216-265; hier: 226 f.

Biedenkopf über die notwendige Koordinierung politischer Schlagwörter:

„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Verantwortung, Sozialpflichtigkeit und Leistung stehen als politische Begriffe beziehungslos nebeneinander, wenn es nicht gelingt, den Zusammenhang zwischen ihnen für die praktische politische Arbeit deutlich zu machen.“

Zitiert aus:

Kurt Biedenkopf: Bericht des Generalsekretärs auf dem 23. Bundesparteitag der CDU in Mannheim, 23. bis 25. Juni 1975. Protokolle des 23. Parteitags. [o.O.] 1975, 167-179; hier: 172.

Sprache und Politik im Wandel der Zeit

Vorlesung im Wintersemester 2001/02

Ein Mitglied der CDU-Semantikgruppe über die Erfolge konservativen politischen Sprachkampfs:

„Mit Hilfe der nahezu gewonnenen sprachlichen Chancengleichheit haben wir seit 1974 auch in der Sachauseinandersetzung an Boden gewonnen, weil wir mit der Wiedergewinnung zentraler politischer Zielbegriffe unsere Glaubwürdigkeit verstärkt haben. So wichtig aber die erfolgreiche Besetzung politischer Schlüsselwörter, politischer Leitbegriffe und politischer Kernbegriffe mit freiheitlichen Inhalten auch ist, dauerhaft ist der damit verbundene politische Erfolg nur dann, wenn es uns u.a. auch gelingt, nahezu eine Identität zwischen den politischen Erfolgen, den politischen Konzeptionen, dem politischen Handeln und unserer politischen Sprache herzustellen.“

Zitiert aus:

G. Mahler: Politik und Sprache. In: Sonde 8. 1975, 34-38; hier: 38.